

DER PLATOW Brief

EXKLUSIV-RECHERCHEN AUS DEN TOP-ETAGEN

Nr. 21 | Montag, 21. Februar 2022

HIGHLIGHTS HEUTE

Allianz – Rekordjahr mit Schatten	2
Bauzinsen – Es kommt Bewegung auf	2
Kanada – Trucker fordern Trudeau heraus	3
Zivilcourage – Zwei prominente Fälle	4

TOP-THEMA

USA – Auch die Ukraine-Krise hilft Biden nicht aus Umfrage-Loch

ZWISCHENWAHLEN IM HERBST — Die Corona-Neuinfektionen sind rapide gesunken und die amerikanische Wirtschaft läuft auf Hochtouren, die Unternehmen beklagen sogar einen akuten Arbeitskräftemangel. Doch die Umfragewerte für US-Präsident **Joe Biden** liegen wie Blei im Keller. Je nach Umfrage-Institut bescheinigen lediglich zwischen 37 und 44% der Amerikaner ihrem Präsidenten, dass er einen guten Job macht. Die klare Mehrheit (51 bis 58%) ist mit Bidens Arbeit unzufrieden. Daran hat auch die Eskalation der Ukraine-Krise nichts geändert. Seit Tagen warnt Biden, ein Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine stünde unmittelbar bevor. Bei außenpolitischen Krisen versammelt sich die Nation üblicherweise hinter ihrem politischen Anführer. Doch dafür ist die Spaltung der amerikanischen Gesellschaft mittlerweile zu tief. Für die meisten Amerikaner ist der Ukraine-Konflikt zudem weit weg von ihrer alltäglichen Lebenswirklichkeit, zumal Biden ein militärisches Eingreifen der USA in den Konflikt kategorisch ausgeschlossen hat.

Die US-Bürger treibt vielmehr die ungewohnt hohe Inflation um, die vor allem den klassischen Wählerschichten der Demokraten das Leben teuer macht. Deshalb macht das Weiße Haus Druck auf die US-Notenbank **Fed**, der Teuerung entschlossen den Kampf anzusagen. Um die bei der Präsidentschaftswahl 2020 zurückgewonnene Vormachtstellung der Demokraten zu zementieren, wollte Biden die Zeit bis zu den Zwischenwahlen im November nutzen, die zu den Republikanern von **Donald Trump** abgewanderten Ex-Wähler der Demokraten mit einem gewaltigen Sozial-Paket zurückzulocken und das Wahlrecht zu reformieren. Doch beide Prestige-Projekte scheiterten im US-Senat an Abweichlern aus den eigenen Reihen.

Bei den Midterms droht den Demokraten der Verlust ihrer knappen Mehrheiten in beiden Häusern des US-Kongress. Dann dürfte Biden kaum noch eine Chance haben, wichtige politische Projekte durchs Parlament zu bekommen. Für Biden

und die Demokraten bleibt somit nur die Hoffnung, dass die Inflation bis zu den Zwischenwahlen spürbar abflaut. ■

EPI – DZ Bank will sich bis Ende Februar erklären

ZÜNGLEIN AN DER WAAGE — Noch in dieser Woche könnte sich das Schicksal der **European Payments Initiative (EPI)** entscheiden. Wie wir hören, soll die **DZ Bank** intern signalisiert haben, bis Ende Februar darüber zu entscheiden, ob sich das genossenschaftliche Spitzeninstitut an der Finanzierung des geplanten europäischen Zahlungsverkehrssystems beteiligen wird. Die DZ Bank will das Thema noch vor ihrer Bilanz-PK am 2.3. abräumen, damit es die Aufmerksamkeit nicht zu sehr vom guten Zahlenwerk für 2021 ablenkt. Denn das Votum der DZ Bank dürfte Signalcharakter für die Zukunft des gesamten EPI-Projekts haben. Denn die DZ Bank vertritt in der EPI-Übergangsgesellschaft den gesamten genossenschaftlichen Bankensektor, der für fast 20% des deutschen Bankenmarkts steht.

Sollte nach der **Commerzbank** und den spanischen Banken nun auch noch die DZ Bank aussteigen, dürfte EPI kaum noch zu retten sein. Von den ursprünglich mehr als 30 europäischen EPI-Gründern stünden dann im Wesentlichen nur noch die Sparkassen, die **Deutsche Bank** und die französischen Institute hinter dem 1,5 Mrd. Euro teuren Projekt. Noch soll die Entscheidung der Genossen jedoch nicht gefallen sein. Die DZ Bank hatte sich bereits beim gescheiterten EPI-Gipfel kurz vor Weihnachten skeptisch gezeigt, ob ohne die spanischen Banken überhaupt noch von einer europäischen Lösung die Rede sein könne. Seither hielt sich die DZ Bank bedeckt, offensichtlich auch aus Sorge, die Schuld an einem Scheitern von EPI in die Schuhe geschoben zu bekommen, was allerdings ziemlich unfair wäre. ■

Tarifabschlüsse braucht das Land

CHEMIE UND VÖB GUT IM RENNEN — Das Tarifjahr 2022 ist bislang zäh. Statt der im Januar beim **VÖB** und dem für die Privaten verhandelnden **AGV Banken** erhofften Einigung mit **Ver.di** ziehen sich die seit Sommer 2021 parallel laufenden Tarifrunden weiter hin. Mit von den Arbeitgeberverbänden jeweils empfohlenen Sonderzahlungen wurde der Belegschaft bei allen privaten und fast allen öffentlichen Instituten die lange Wartezeit inzwischen überbrückt, hören wir aus den Verbänden. Zurück an den Verhandlungstisch geht es mit Runde 6 (!) ►

beim VÖB am 31.3., um dann, so hoffen **Gunar Feth** und **Dominik Lamming**, endlich einen für beide Seiten genehmen Tarifpakt zu schmieden. Die Spielräume sind eng, was das Ringen mit **Jan Duscheck** kaum erleichtert.

Oberwasser verspüren dürfte dieser wiederum in der Auseinandersetzung mit den Privatbanken. Der Abgang von **Sabine Schmittroth** bei der **Commerzbank** zum Jahresende wirkt auch beim AGV nach, wo die Managerin die Tarifgespräche mit Duscheck bislang ergebnislos führt. Der Zwischenstand: zwei Abbrüche in vier Runden. Die z. T. „stilllosen“ Diskussionen um Schmittroth, die bei vielen in der Branche einen guten Ruf hat, dürften ihre Verhandlungsposition nicht gerade verbessern. Nach dem Abbruch im Januar fehlt eine vertrauensvolle Basis für einen fünften Anlauf mit Ver.di, ist zu hören. Einen neuen Termin gibt es bisher nicht.

Noch am Anfang steht derweil die Tarifrunde der deutschen Chemie. Über 580 000 Beschäftigte wollen hier vor allem mehr Geld. Ein Abschluss über der Inflationsrate, wie ihn auch Ver.di bei den Banken verfolgt, peilt die **IG BCE** an. Was **Ralf Sikorski** den in Corona gut verdienenden Arbeitgebern wie **Merck, Bayer, BASF** und vielen Mittelständler noch abverlangen will, stellt der Verhandlungsführer am Dienstag (22.2.) nach Beschluss der Bundestarifkommission vor. Sikorski erwartet trotz der historisch sehr harmonischen Sozialpartnerschaft schwierige Gespräche mit dem **BAVC**. Gestartet wird regional am 2.3., auf Bundesebene geht's ab 21.3 weiter.

Früh vor der Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie im Herbst meldete nun **Roman Zitzelsberger**, der starke IG Metaller im Südwesten, Anspruch auf den Pilotabschluss an. 2021 war die Krone an NRW gegangen. Ausgebremst wurde Zitzelsberger damals vom Machtvakuum bei **Südwestmetall**. Das Einrücken mit dem erst kurz vor Verhandlungsbeginn ernannten **Wilfried Porth** (ex-Daimler) hatte viel Zeit gekostet. Dass Porths Nachfolger **Joachim Schulz (Aesculap AG)** die Verbandsspitze zum 1.5. übernimmt, macht es leichter. Der Weg wird dennoch steinig. Wie die jüngsten Produktionszahlen von **Gesammetall** andeuten (2021 „nur“ +4,5% nach -14 und -4,5% in den Vj.), gibt es nichts zu verschenken. ■

Allianz – Wie Bäte das AGI-Desaster zügig vergessen lassen will

MIT VOLLER KRAFT VORAN – Allianz-Chef **Oliver Bäte** geht es zu langsam voran. Am liebsten würde er das Debakel mit riskanten Finanzanlagen der Tochter AGI in den USA mit den jüngsten Vergleichszahlungen an US-Investoren abhaken. Doch so schnell wird das nicht gehen. Zwar kommt Europas Branchenprimus mit der Aufarbeitung fehlgeschlagener Hedgefonds-Strategien zu Beginn der Corona-Krise gut voran, doch der Rechtsstreit in den USA wird für den **DAX**-Konzern noch sehr mühsam und vor allem teuer. Für Straf- und Vergleichszahlungen hat die Allianz 3,7 Mrd. Euro Rücklagen gebildet, wie das Management jetzt bei Vorlage der 2021er-Bilanz mitteilte. Die gute Nachricht: Das ist deutlich weniger

als ursprünglich gedacht. Noch 2021 standen Schadenszahlungen von bis zu sechs Mrd. Euro im Raum.

Dennoch versucht Konzernlenker Bäte, mit einem starken Bilanz-Ergebnis im Rücken den Fokus auf das derzeit gut laufende operative Geschäft zu lenken und drängt auf eine baldige Beilegung der Klagen. Gleichzeitig versprach er noch mehr Kapitaleffizienz und höhere Ausschüttungen. „Trotz anhaltender Herausforderungen 2021 hat die Allianz ihre Widerstands- und Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt“, so der Allianz-Chef und lässt Zahlen sprechen. Der Konzernumsatz stieg um 5,7% auf 148,5 Mrd. Euro, allein im Jahresabschlussquartal ging es knapp 8% auf 38,4 Mrd. Euro nach oben. Das operative Ergebnis verbesserte sich um 24,6% auf 13,4 (2020: 10,8) Mrd. Euro, getrieben von einer höheren Profitabilität in allen Bereichen.

Während sich die Schaden- und Unfallversicherung durch ein solides operatives Ergebnis (+30,6% auf 5,7 Mrd. Euro) hervorhob, punktete die Lebens- und Krankenversicherung mit einem erfolgreichen Neugeschäft. Hier stieg die Marge von 2,8 auf 3,2% bei einem operativen Ergebnis von 5,0 (2020: 4,4) Mrd. Euro. Das Asset Management zeichnete sich durch einen Höchststand beim verwalteten Vermögen von 2,6 Billionen Euro aus, getrieben vom verwalteten Vermögen für Dritte, das im Jahresvergleich um knapp 15% auf rd. 2,0 Billionen Euro zulegte. Das Spartenergebnis verbesserte sich um 14,3% auf 8,4 Mrd. Euro. ■

Bauzinsen im Steigflug

WÜSTENROT KOOPERIERT MIT CREDITPLUS BANK – Die Trendwende bei den Bauzinsen ist endgültig da, obwohl die **EZB** den Leitzins in der Eurozone noch nicht angehoben hat. Innerhalb der vergangenen zwei Wochen sind sie um mehr als 0,2%-Punkte gestiegen, hat der Baufinanzierungsvermittler **Interhyp** errechnet.

Die wichtigsten Gründe für den Anstieg: Die US-Fed geht voran und wird die Zinsen am 15.3. erstmals anheben. Das wirkt sich zumindest auf die Zinserwartungen hierzulande aus und auf die **EZB**. Hinzu kommt, dass die **BaFin** mehr Eigenkapital und höhere Garantien für Baukredite verlangt. Für Häuslebauer und Immobilienkäufer ist die Lage alles andere als rosig. Die Konstellation aus weiter steigenden Immobilienpreisen und wieder höheren Darlehenszinsen verteuert den Immobilienerwerb auf einen Schlag erheblich. Doch einige Experten gehen davon aus, dass die Preise in einigen Regionen auch wieder sinken könnten.

Auch Finanzdienstleister stellen sich auf die neue Entwicklung bei Zinsen und Immobilienpreisen ein. So hat **Wüstenrot** das Partnernetzwerk im Bereich Bausparen und Baufinanzierung durch eine neue Kooperation mit der **Creditplus Bank** vergrößert, die jetzt Wohnsparverträge für die Bausparkasse vermittelt. Zusätzlich soll die Tochter der französischen Bankengruppe **Crédit Agricole** auch bei Wohndarlehen mit der **W&W**-Tochter zusammenarbeiten. Viele Sparer dürften sich

gerade jetzt in der Zinswende die noch immer sehr günstigen Bauzinsen durch Bausparverträge langfristig sichern. Mit der Vereinbarung baut Wüstenrot die Position als Kooperations-Bausparkasse aus. Schon heute arbeitet die Gesellschaft mit zahlreichen Partnern aus dem Bank- und Versicherungswesen zusammen, wie bspw. **Commerzbank**, **HypoVereinsbank**, **Ally**, **Ergo** oder **HUK-Coburg**. ■

Genossenschaftsbanken – „Finanz-Punkte“ finden kaum Nachahmer

FILIALEN GELTEN ALS WETTBEWERBSRELEVANT — Als innovatives „Zukunftsmodell“ feierten die **Frankfurter Volksbank** und die **Taunus Sparkasse** 2019 die Eröffnung der ersten „FinanzPunkte“. Erstmals kooperierten säulenübergreifend eine Volksbank und eine Sparkasse großflächig bei der gemeinsamen Nutzung von Bankfilialen, um auch in ländlichen Gebieten weiterhin stationär Finanzdienstleistungen anbieten zu können. Doch anders als von den Initiatoren erwartet, hat das viel gepriesene Gemeinschaftsprojekt auf andere Regionen bislang kaum Strahlkraft entfalten können. Das belegt auch eine aktuelle Umfrage des **Genossenschaftsverbands** unter seinen Mitgliedsinstituten. Demnach geben lediglich 4% der befragten Volks- und Raiffeisenbanken an, dass sie mit Sparkassen bei der Nutzung von Filialen kooperieren. Weitere 3% planen eine solche Zusammenarbeit. Für die überwältigende Mehrheit von 93% ist eine säulenübergreifende Filial-Kooperation kein Thema.

Diese Zurückhaltung habe gute Gründe, macht Genossenschaftsverbands-Chef **Ingmar Rega** keinen Hehl aus seiner Skepsis gegenüber einer Zusammenarbeit mit den Sparkassen im Filialbereich. Neben persönlicher Beratung und Service sei auch der Wettbewerb in der Fläche ein zentraler Aspekt, so Rega. Zudem sei die öffentliche Daseinsvorsorge keine Aufgabe der Genossenschaftsbanken. Deutlich kooperationsbereiter zeigen sich die Genossenschaftsbanken hingegen bei der gemeinsamen Nutzung von SB-Stützpunkten und Geldautomaten. In diesen weniger wettbewerbsrelevanten Bereichen arbeiten 37% der Befragten mit den Sparkassen zusammen, bei 5% ist das geplant. 59% wollen auch bei SB-Stellen nicht mit dem Hauptivalen kooperieren. ■

Fraport – Kurze Turbulenz im AR

WARTEN AUFS AMTSGERICHT — Mit 53% weniger Passagieren als 2019 hat Deutschlands größter Flughafen das Jahr begonnen. Startschwierigkeiten macht **Fraport-Chef Stefan Schulte** aber nicht nur die Omikron-Welle. Wie schon beim „Dämmer-schoppen“ im September erwähnt, hat der Airportbetreiber alle Hände voll zu tun, den Betrieb aus dem Pandemieschlaf wieder hochzufahren. Vor allem die Bodendienste stehen vor Herausforderungen. Zwar sind wieder alle verfügbaren Mitarbeiter im operativen Bereich aus der Kurzarbeit geholt und die Einstel-

lung von bis zu 1000 neuer Kräfte angelaufen, die für das im Sommer erwartete Passagieraufkommen (bis zu 70% von 2019) gebraucht werden. Zu Spitzenzeiten könnte es aber auch dann länger dauern, bereitet der Fraport-CEO vor.

Während operativ selbst angepackt wird, ist Fraport bei seinem temporär dezidierten Aufsichtsrat auf das **Amtsgericht Frankfurt a. M.** angewiesen. Nach dem jüngsten Scheitern seiner Nichtzulassungsbeschwerde vorm **Bundesarbeitsgericht** gegen die im Juni 2021 vom **Hessischen Landesarbeitsgericht** für unwirksam erklärte AR-Wahl 2018 haben nun neun der zehn Arbeitnehmervertreter im AR ihr Mandat niedergelegt. Damit zählt das sonst 20-köpfige Gremium zurzeit nur elf Köpfe: die Arbeitnehmervertreterin **Mira Neumaier (Ver.di)** und 10 Eigentümervertreter (3 Land Hessen, 1 Stadt Frankfurt und 6 private Aktionäre). Beschlussfähig sei der AR damit weiterhin, versichert Fraport. Dafür brauche es nur die Stimmabgabe der Hälfte der üblichen AR-Mitglieder.

Und doch gibt der **MDAX**-Konzern in Frankfurt Gas, um die Reihen mit den nun ausgeschiedenen Delegierten schnell wieder zu füllen. Eine gerichtliche Ersatzbestellung wurde bereits am 11.2. beantragt. Zur Sitzung am 14.3. soll der AR wieder komplett sein, hofft Fraport. Die Wiederherstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Parität auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite wäre in jedem Fall wünschenswert. Steht am 15.3. doch die Bilanz-PK des Airports an. Die Befassung mit wichtigen Themen, u. a. dem Jahresabschluss, dürfte somit auf der Agenda des Treffens stehen. ■

Trudeau droht sich zu verzocken

EXTREME REAKTION EINES LIBERALEN — Trucker blockieren kritische Verkehrsknotenpunkte und halten hupend in den Straßen. Der Unmut richtet sich in erster Linie gegen die Coronamaßnahmen und Impfbestimmungen, die unter **Justin Trudeau**s Regierung erlassen wurden und insbesondere Lastwagenfahrer, die die Grenze zwischen den USA und Kanada überschreiten müssen, betrifft. Trudeaus Strategie, die Bewegung zunächst zu ignorieren und jegliche Treffen mit ihnen zu vermeiden, entwickelte sich im Verlauf zu einer pauschalierenden Diffamierung der Protestierer, die als rechtsextrem, transfeindlich oder rassistisch eingestuft wurden. Damit verweigert sich der liberale Trudeau jeder Art ruhigen und rationalen Diskurses und befeuert Spannungen eher weiter. Das Mittel, zu dem Kanadas Regierung jetzt greift, kann getrost als extrem bezeichnet werden.

Trudeau beruft sich auf ein 34 Jahre altes Notstandsgesetz, mit dem er Proteste für illegal erklären und die Bankkonten der Protestierenden einfrieren lassen kann. Im Anschluss an diese Ankündigung erlebten Kunden der großen kanadischen Banken bisher ungeklärte Ausfälle von Systemen. Ob es sich hierbei um eine Überlastung aufgrund vorsorglicher Geldabflüsse Protestierender handelt, kann nur gemutmaßt werden. Besorgniserregend sind auch Pläne, die Gesetze zur Hassrede zu ändern, die es dem kanadischen Menschenrechtstribunal ►

ermöglichen würden, alles, was unter die sehr allgemein gehaltene Formulierung der „Hassrede“ fällt, mit erheblichen Geldstrafen zu versehen.

Solch breite Tatbestände öffnen Tür und Tor, den politischen Diskurs erheblich zu verengen und sollten in einer funktionierenden Demokratie äußerst restriktiv von der Judikative ausgelegt werden. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sind die Säulen einer Demokratie. Versammlungen, die gegen das Gesetz verstoßen, sind durch staatlichen Zwang aufzulösen. Als Reaktion aber die Gesellschaft weiter zu spalten, den Diskurs zu verweigern und höchst bedenkliche Gesetze zu erlassen, die strukturell in der Lage sind, unliebsame Meinungen zu unterbinden, sind einer westlichen Demokratie wie Kanada unwürdig. ■

NAWALNY UND KLITSCHKO

MEHR ALS NUR ZIVILCOURAGE — Die Schicksale zweier Männer im besten Alter mit Frau und Kindern bewegen zurzeit die Welt. Der eine, **Alexei Nawalny** (46), ist Russe mit ukrainischen Wurzeln, der andere, **Vitali Klitschko** (50), Ukrainer. Beide sind prominente Bürger sich derzeit feindlich gegenüberstehender Staaten. Jeder für sich tritt extrem mutig für Freiheitsrechte ein und schreckt nicht davor zurück, dabei Gesundheit und Leben zu riskieren, vom Wohlstand und westlicher Freiheit, die beide hätten nutzen können, gar nicht zu reden. Auch sonst gibt es im Leben der beiden verblüffende Parallelen. Nawalny als bekanntester russischer Oppositionspolitiker rückte ins Rampenlicht, als er es bei den Moskauer Bürgermeisterwahlen 2013 mit 27% der Stimmen fast in eine Stichwahl gegen den seit 2010 amtierenden Putin-Getreuen **Sergei Sobjanin** schaffte. Klitschko startete nach seiner Karriere als Profi-Boxer, die ihn in Deutschland populär machte, in seiner Heimat ebenfalls politisch durch und ist seit 2014 Bürgermeister von Kiew. Nawalny hätte nach dem Giftanschlag und seiner Rettung durch deutsche Ärzte der Berliner Charité im Westen bleiben können. Aber es zog ihn zurück in seine Heimat, wo er unmittelbar festgenommen und Anfang Februar 2021, immer noch unter den Folgen der Vergiftung leidend, zu dreieinhalb Jahren Straflager verurteilt wurde. Auch unter Anrechnung von zehn Monaten Hausarrest ist vor Ende 2023 nicht mit seiner Freilassung zu rechnen. Gemeinsam mit seiner Frau und einer großen Anhängerschar hat er sich vor allem den Kampf gegen Korruption auf die Fahne geschrieben. Sie zu besiegen, ist der Schlüssel zum Erfolg über das System

Putin mit seiner ausgeprägten Günstlingswirtschaft. Auch Klitschko hat auf Vieles verzichtet, um seinem Land zu dienen. Der mehrfache Boxweltmeister kommt aus vergleichsweise elitären Verhältnissen. Sein Vater stieg zum Generalmajor auf und war zuletzt Militärattaché der ukrainischen Botschaft in Deutschland. Im Verlauf seiner sportlichen Karriere brachte es Sohn Vitali zu nennenswertem Wohlstand. Das Vermögen von Klitschko jun. wird auf ca. 60 Mio. Euro geschätzt. Ebenso wie Nawalny hat es seinerzeit auch Klitschko vorgezogen, mit seiner exquisiten Ausbildung als promovierter Sportwissenschaftler, seinen guten Kontakten in den Westen und seiner Popularität der Heimat und seinen Landsleuten zu dienen. Nawalny wie auch Klitschko zeigen etwas, was in der westlichen Welt mit seiner Individualisierung schnell auf der Strecke bleibt: Zivilcourage und mehr.

ZU GUTER LETZT

Öffentliches Geld – Heimlicher Verführer

Wenn Geld aus öffentlichen Kassen im Spiel ist, erwacht gerade bei Deutschen der Jagdinstinkt. Politiker sollten das wissen, wenn sie neue Fördertöpfe mit Steuergeldern befüllen, sei es über direkt abrufbare Beihilfen oder Abschreibungsmöglichkeiten. Die Folge sind unerwünschte Mitnahmeeffekte, die die von der Politik erhofften Effekte unterminieren. Hierzulande empfänglich ist der Bürger vor allem dann, wenn es um das geliebte Auto oder Eigenheim geht. **Robert Habeck**, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, hat seine Lektion gelernt und musste mit heißer Nadel gestrickte Förderprogramme, um die Energieeffizienz von Häusern zu steigern und mehr Stromer auf die Straße zu bringen, umlenken. Inzwischen sind es aber nicht nur die nationalen Fördertöpfe, die nach Kräften missbraucht werden, sondern auch von der Gemeinschaft aufgebrauchte Gelder aus Brüssel. Jeder Ungar weiß seit langem, dass mit EU-Geld vor allem die Günstlinge im Umfeld des autokratisch auftretenden Ministerpräsidenten **Viktor Orbán** geschmiert werden. Brüssel geht erst jetzt dagegen vor, indem es strengere Auflagen verhängt.

„Putin will die Ukraine erobern und ein russisches Imperium schaffen. Ein Alptraum für die gesamte Region.“

VITALI KLITSCHKO, KIEWS BÜRGERMEISTER, VOR BEGINN DER SIKO IN MÜNCHEN

Eine erfolgreiche Woche wünscht Ihnen
Das PLATOW Team



PLATOW Prognose 2022

Neustart nach Covid

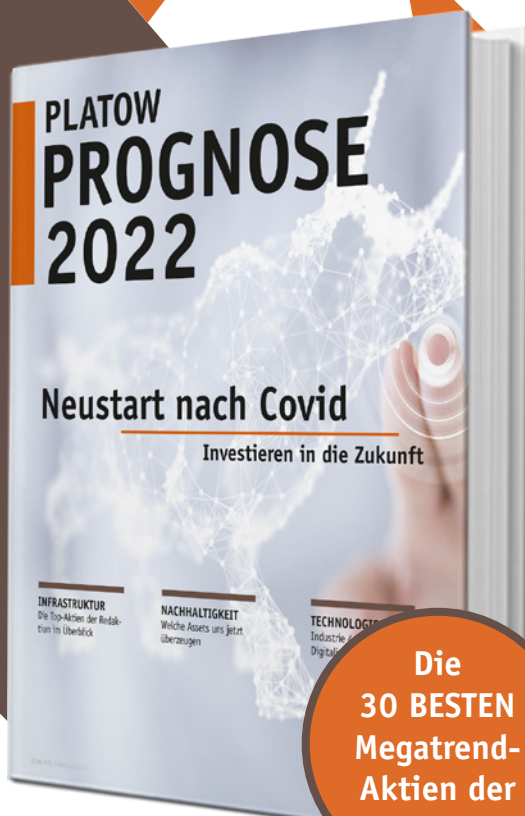
Investieren in die Zukunft

Die PLATOW Prognose 2022 mit den 30 besten Megatrend-Aktien der Welt ist die ideale Ergänzung zum Deutschland-Fokus des Informationsdienstes „PLATOW Börse“.

AUS DEM INHALT

Die Corona-Pandemie hat sich als äußerst disruptives Ereignis erwiesen. In vielen Bereichen hat sie bereits laufende Entwicklungen beschleunigt, zugleich auf anderen Feldern erarbeitete Fortschritte wieder zunichte gemacht. Der Kampf gegen den Klimawandel, die Modernisierung der Infrastruktur und das Vorantreiben der Digitalisierung stehen auch nach der Pandemie im Pflichtenheft der Regierungen ganz oben. Diese strukturellen Wachstumstrends – sogenannte Megatrends – spielen bei der erfolgreichen Aktienausswahl eine wichtige Rolle, sind sie doch meist einer der Gründe für die langfristige Outperformance betroffener Unternehmen.

Haben wir in vergangenen Prognosen unsere Aktienausswahl nach Regionen aufgeteilt, identifizieren wir in der PLATOW Prognose 2022 mittels ausführlicher Bottom-up-Analyse quantitativer und qualitativer Faktoren die rund 30 besten Aktien der Welt, die von den wichtigsten Megatrends strukturellen Rückenwind bekommen.



Die
30 BESTEN
Megatrend-
Aktien der
Welt!

DIE HIGHLIGHTS

- Silver Economy – Pro-Aging auf dem Vormarsch
- Technologischer Wandel – Zwischen Digitalisierung und Disruption
- Infrastruktur – Modernisierung globaler Transport, Energie- und Telekommunikationssysteme
- Grüne Revolution – Investieren in die grüne Transformation der Wirtschaft
- Smart Cities – der Aufbau energieeffizienter Gebäudeinfrastrukturen

BESTELLUNG PER

FAX: 06123/92 38-244

Tel.: 06123/92 38-210

E-Mail: platow@vuservice.de

www.platow.de/sonderpublikationen



Antwort

PLATOW Leserservice

65431 Eltville

Neustart nach Covid

Investieren in die Zukunft

IHR VORTEIL

Bei Mehrfachbestellungen gewähren wir Ihnen attraktive Rabatte:

ab 20 Exemplaren 10,0%

ab 50 Exemplaren 12,5%

ab 100 Exemplaren 15,0%

HIERMIT BESTELLE ICH

Exemplar(e) der PLATOW Prognose 2022 „Neustart nach Covid - Investieren in die Zukunft“ (ca. 150 Seiten; ISBN 978-3-943145-56-4) zum Vorzugspreis für Abonnenten von 54,- (statt 61,-) EUR. Alle Preise verstehen sich inkl. der deutschen MwSt. und Versandkosten innerhalb Deutschlands.

Widerrufsrecht: Sie können Ihre Bestellung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform widerrufen. Die Frist beginnt mit Erhalt der Publikation. Zur Wahrung dieser Widerrufsfrist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs an: PLATOW Leserservice, 65431 Eltville.

RECHNUNGSANSCHRIFT | KONTAKTDATEN

Abonnent Nicht-Abonnent

Name, Vorname

E-Mail

Firma

Telefon

Straße, Hausnummer

Fax

PLZ, Ort

Kundennummer (falls zur Hand)

 Datum, Unterschrift